



Referendum BWIS

Medienmitteilung vom 28. September 2007

Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten gegen einen Entscheid des Kantonsgerichts BL

Am 15. August 2007 hat das Kantonsgericht Baselland erkannt, dass die in der kantonalen BWIS-Verordnung vorgesehene Überprüfung des Polizeigewahrsams durch die Statthalterämter verfassungswidrig ist. Trotzdem hat das Kantonsgericht nicht die gesamte Verordnung aufgehoben.

Gegenwärtig ist im Kanton Baselland die Anordnung von Polizeigewahrsam im Rahmen von BWIS möglich, aber eine derartige Anordnung kann nicht richterlich überprüft werden, wie dies vom Bundesgesetz vorgeschrieben ist.

Aus diesem Grund wurde das eingangs erwähnte Urteil des Kantonsgerichts am Bundesgericht angefochten. Nach wie vor wird verlangt, dass die gesamte Verordnung aufgehoben wird. Die Anordnung von Polizeigewahrsam darf erst möglich werden, wenn ein Gericht zur schnellen Überprüfung dieser Massnahme existiert.

www.referendum-bwis.ch